

Postulat Henri-Charles Beuchat (SVP): Aufstockung des Ressourcenvertrages und ausführliche Darstellung des sicherheitspolitischen Umfelds der Stadt Bern aufgrund der veränderten Bedrohungslage

Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für ein Leben in Freiheit und Wohlstand. Die SVP-Fraktion misst der Sicherheit der Bevölkerung und des Landes insgesamt einen hohen Stellenwert bei. Migrationsströme bergen Gefahren, wie die aktuellen Erfahrungen in Europa zeigen.

Die Bedrohungslage der Schweiz hat sich in den letzten Jahren zum Teil markant verändert. Der neue Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz analysiert das aktuelle sicherheitspolitische Umfeld und zeigt auf, mit welchen Bedrohungen und Gefahren die Schweiz konfrontiert ist und wie sie diesen begegnen will. Sicherheitspolitik umfasst die Gesamtheit aller Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden zur Vorbeugung, Abwehr und Bewältigung machtpolitisch oder kriminell motivierter Drohungen und Handlungen, die darauf ausgerichtet sind, die Schweiz und ihre Bevölkerung in ihrer Selbstbestimmung einzuschränken oder ihnen Schaden zuzufügen.

Der neue Bericht enthält eine ausführliche Darstellung des sicherheitspolitischen Umfelds der Schweiz. Er analysiert die globalen sicherheitspolitischen Trends und die für die Schweiz relevanten Bedrohungen und Gefahren. Der Bericht kommt zum Schluss, dass es in der Bedrohungslage in den letzten Jahren markante Veränderungen gegeben hat. Dies gilt insbesondere für das im Zuge der Ukraine-Krise nachhaltig verschlechterte Verhältnis zwischen dem Westen und Russland, die Verschärfung der Bedrohung durch den dschihadistischen Terrorismus. Der Bericht hält fest, dass die Bedrohungen und Gefahren insgesamt noch komplexer, noch stärker untereinander verknüpft und unübersichtlicher geworden sind. Eine besondere Herausforderung für die Sicherheit der Schweiz liegt in der Kombination oder Verkettung der verschiedenen Bedrohungen und Gefahren.

Quellenangabe: Die Sicherheitspolitik der Schweiz, Bericht des Bundesrates 24.8.2016

Die Sicherheitsorgane müssen über ausreichende Mittel verfügen, um Gefahren rechtzeitig erkennen und im Bedarfsfall dagegen intervenieren zu können. Die Postulanten fordern den Gemeinderat auf folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Der Gemeinderat wird eingeladen, aufzuzeigen welche Massnahmen zur weiteren Verbesserung der Sicherheit in der Stadt Bern erforderlich sind.
2. Der Gemeinderat wird eingeladen, zu prüfen welche neuen personellen Ressourcen einzukaufen sind, um den Anforderungen an die gesteigerte Bedrohungslage gerecht zu werden.
3. Der Gemeinderat wird eingeladen, aufzuzeigen in welchem Umfang der Ressourcen Vertrag mit der Kantonspolizei aufgestockt werden muss, um auf die neuen Bedrohungslagen (Schutz von Weihnachtsmärkten und Grossveranstaltungen) adäquat zu reagieren.
4. Der Gemeinderat wird eingeladen in einem Prüfbericht eine ausführliche Darstellung des sicherheitspolitischen Umfelds der Stadt Bern aufgrund der veränderten Bedrohungslage zu skizzieren.

Bern, 02. Februar 2017

Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat

Mitunterzeichnende: Roland Iseli, Alexander Feuz, Kurt Rügsegger